Politische Rundschau.

Deutschland.

*Kaiser Wilhelm hat sich am Freitag nach Kiel begeben, um dort der Tauffeierlichkeit beim Prinzen Heinrich beizuwohnen.

*Der Staatsminister a. D. v. Köller, der frühere preußische Minister des Innern, wurde Donnerstag mittag vom Kaiser in Audienz empfangen. — Dem Anscheine nach dürfte diese Audienz mit dem Tausch-Prozeß in Zusammenhang stehen, in dem der frühere Minister auch eine Rolle als Zeuge spielen wird.

*Von all' den Kaisergeburtstagsfeiern, die am Mittwoch zu Tausenden im In- und Auslande stattgefunden haben, erlangt die vom Niederwald-Verein in Wien veranstaltete insofern eine erhöhte politische Bedeutung, als der deutsche Botschafter in seiner Ansprache das deutsch-österreichische Bündnis besonders betonte und für dasselbe eine imposante Kundgebung veranlaßte.

*Die Mißstände am Kaiser Wilhelmkanal, besonders die Klagen über die Verkehrsstockungen sollen untersucht werden. Wie die ‚Post' erfährt, werden sich der Wirkliche Geh. Ober-Baurat Baensch und der Geh. Ober-Regierungsrat v. Jonquières nach Brunsbüttel begeben, um von dort aus die Verhältnisse am Kanal einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und sich durch persönliche Rücksprache mit den Adjazenten über deren Bedürfnisse zu unterrichten.

*Der Gedanke, Schutzvereine gegen den unlauteren Wettbewerb zu gründen, scheint jetzt weiteren Anklang zu finden. Dem einzelnen, der durch unlauteren Wettbewerb geschädigt wird, fehlt es oft an Zeit, Geld und Kenntnissen, um einen Fall dieser Art in Angriff zu nehmen und wirksam durchzuführen. Es dürfte hierin auch der Grund zu suchen sein, daß man verhältnismäßig wenig von gerichtlichen Schritten zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs hört, denn man kann doch unmöglich annehmen, daß der Erlaß des Gesetzes allein genügt haben sollte, alle Schäden in dieser Beziehung zu beseitigen.

Oesterreich-Ungarn.

*Der böhmische Landtag nahm den Antrag auf Einführung direkter Wahlen in den Landgemeinden schon zu den bevorstehenden Reichsratswahlen trotz des Widerspruchs der Regierung in allen Lesungen an.

*Für die nächste Zeit wird eine neue Sprachen-Verordnung angekündigt. Danach würden die Gerichte und die politischen Behörden in Böhmen und Mähren nach einer Uebergangszeit sich des Tschechischen und des Deutschen als Amtssprache bedienen müssen. Die Bestätigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten.

Frankreich.

*Es ist selbstverständlich, daß sich Murawiew in Paris bei den Ministern, dem Präsidenten und dem Volke der sympathischsten Aufnahme zu erfreuen hatte. Schade, daß er am 30. v. nach Berlin, gerade nach Berlin abreiste.

*Die allmähliche Schaffung der vierten Bataillone erscheint jetzt völlig gesichert. Einstimmig hat der Heeresausschuß der Abgeordnetenkammer den Kriegsminister ermächtigt, „je nach den Erfordernissen des Dienstes, den für die Rekrutierung zur Verfügung stehenden Mitteln und den im Budget vorhandenen Geldern nach und nach ein viertes Bataillon in den subdivisionären Regimentern zu errichten, ohne daß die Stärke der drei ersten Bataillone unter die in dem Budget vom Jahre 1896 festgestellte Zahl hinuntergehen könne."

England.

*Die angebliche Untersuchung, welche gegen Cecil Rhodes wegen seiner Anstiftung des Jamesonschen Raubzuges geführt werden soll, gilt in den politisch unabhängigen Kreisen als eine gerichtlich-parlamentarische Komödie. Die Untersuchungs-Kommission ist noch nicht konstituiert. Ferner heißt es, daß dem Angeklagten genügend Zeit gelassen wurde, um sich auf alle Antworten auf die Fragen seiner parlamentarischen Richter eingehend vorzubereiten.

*In einer in der Handelskammer zu Wolverhampton gehaltenen Rede sprach sich der Präsident des Handelsamts Ritchie gegen die unnötige Beunruhigung über den deutschen Wettbewerb aus. Er sagte, der von den englischen Kaufleuten an den Tag gelegte Unternehmungsgeist lasse es unnötig erscheinen, in sklavischer Furcht zu leben, daß fremder Wettbewerb in irgend einer Weise Englands Vorrang auf den Märkten der Welt beeinträchtigen könnte.

Italien.

*Die Bedrohung der italienischen Kolonie am Roten Meere durch die Mahdisten hat aufgehört. Die Derwische haben das Lager bei Amideb, welches sie befestigt und mit Pallisaden umgeben hatten, verlassen. Sie sind in vollem Rückzuge begriffen, auf dem sie von bewaffneten Eingeborenen und von italienischen Truppen verfolgt werden.

Belgien.

*Die Repräsentantenkammer hat nach mehrtägiger, sehr lebhafter Debatte die Hauptbestimmungen der neuen Geschäftsordnung angenommen, durch welche namentlich die zeitweilige Ausschließung eines Deputierten, welcher die Ordnung gestört hat, gestattet wird. (Das richtet sich wesentlich gegen die Sozialisten.)

Schweden-Norwegen.

*Gegen die Trunksucht ist bekanntlich in Norwegen ein Gesetz erlassen worden, das seit dem 1. Januar v. in Wirksamkeit ist. Eine Abnahme der Trunksucht ist jedoch nicht zu verzeichnen. Im verflossenen Jahr sind in Christiania 20 000 Personen wegen Trunkenheit verhaftet worden, so daß, da Christiania rund 180 000 Einwohner hat, auf kaum zehn Personen ein Betrunkener kommt, der verhaftet worden ist.

Rußland.

*Es scheint nunmehr endgültig entschieden zu sein, daß Graf Murawiew diesmal Wien nicht besucht. Wie man hört, hat der russische Staatsmann überhaupt nicht beabsichtigt, etwa eine Rundreise zu unternehmen, um sich in den politischen Zentren vorzustellen. Schon vor Antritt seiner Reise nach Kopenhagen war in Petersburg entschieden worden, daß er sich bloß nach Paris und Berlin begäbe. Für den Besuch in Berlin soll vornehmlich der Umstand maßgebend gewesen sein, daß Murawiew als Deutschenfeind bezeichnet worden, und daß er darum den Entschluß gefaßt, durch sein Erscheinen in der Reichshauptstadt unmittelbar nach seinem Besuche in Paris diese Behauptung zu entkräften.

Balkanstaaten.

*Eine Note der Pforte an die griechische Regierung wird auszugsweise von der Athener Presse mitgeteilt. Es handelt sich um die macedonischen Angelegenheiten. Die Note behauptet, daß griechische Räuberbanden nach Macedonien eindringen und Missethaten jeder Art verüben; sie beklagt sich ferner, daß die Befehle des Ministeriums von keinerlei Wirkung gewesen sind, und fügt hinzu, eine Verlängerung dieses Zustandes werde den Beziehungen guten Einvernehmens zwischen Griechenland und der Türkei schaden. Es ist nicht unwesentlich, daß die Pforte den Mut zu einer solchen Sprache findet.

Amerika.

*Das Repräsentantenhaus der Ver. Staaten hat den von einem Ausschuß beider Häuser des Kongresses vereinbarten Bericht betreffend die Einwanderungsbill angenommen. Durch die Bill würde, wie man voraussetzt, der dritte Teil der gegenwärtigen Einwanderer ausgeschlossen; namentlich sollen davon die Personen betroffen sein, welche des Lesens und Schreibens unkundig sind.

Asien.

*In Goa (portugiesisch Indien) sind Todesfälle an der Pest vorgekommen.

Aus dem Reichstage.

Am Donnerstag wurde die zweite Etatsberatung fortgesetzt beim Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Es entspann sich eine ziemlich erregte Debatte über die Erhöhung des Maximalgewichts einfacher Briefe, Herabsetzung der Telephongebühren u. s. w., für welche die Abgg. Müller (fr. Vp.), Hug, Lingens (Zentr.), Singer (soz.), Förster, Werner (Antis.), Hammacher (nat.-lib.) eintraten. Nur Abg. Gamp (freikons.) erklärte sich einverstanden mit den Ausführungen des Staatssekretärs von Stephan. Der letztere führte aus, daß er der Steigerung der Ausgaben infolge der durch Ermäßigung der Sätze eintretenden Vermehrung des Verkehrs Rechnung tragen müsse. Eine solche Ermäßigung würde einen Ausfall in den Einnahmen von etwa 10 Mill. zur Folge haben.

Am 29. v. wird die Einzelberatung des Postetats bei dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs" fortgesetzt.

Abg. Hasse (nat.-lib.) dankt dem Staatssekretär für die früheren Verdienste, bedauert aber, daß in den letzten Jahren ein Umschwung eingetreten sei und daß der Staatssekretär allen Wünschen nach Reformen fiskalische Bedenken entgegensetze. Was die Postverwaltung auf sozialpolitischem Gebiete durchzuführen suche (Sonntagsruhe, Erholungsurlaub, Vermehrung der etatsmäßigen Stellen 2c.). finde den Beifall seiner Partei, welche die Fürsorge für das Wohl der Postbeamten noch erweitert zu sehen wünsche, namentlich auch nach der Richtung hin, daß die Post- und Telegraphenunterbeamten gegen Uebergriffe à la Bashford besser geschützt, den Briefträgern im Sommer leichtere Uniformen gestattet werden 2c. Redner ist ebenfalls für Herabsetzung der Fernsprechgebühren, zugleich aber auch für möglichste Ausbreitung des Fernsprechnetzes über das platte Land, um dessen Gewerbetreibenden den Wettbewerb mit den Großstädten zu erleichtern. Aufgabe der Reichspostverwaltung müsse es ferner sein, Deutschland von den großen englischen Kabellinien unabhängig zu machen, wie es seitens Frankreichs und Rußlands bereits geschehen sei.

Abg. Pauli (freikons.) befürwortet ebenso wie der Abg. Leipziger (kons.) den gestern von dem Abg. Gamp geäußerten Wunsch, es möchte für die Beförderung von Arzneimitteln die Bestimmung, wonach für die außer den Dienststunden eingelieferten Pakete eine besondere Gebühr bezahlt werden muß, aufgehoben werden. Im übrigen führten beide Redner aus, daß bei den gewünschten Reformen vorsichtig vorgegangen werden müsse, da das Post- und Telegraphenmonopol dem Reiche auch eine gewisse Rente abwerfen müsse. Von einer ungenügenden Beamten-Einstellung, von der gestern Singer gesprochen, könne nach Ausweis des Etats gar keine Rede sein.

Abg. Bebel (soz.): Seine Partei sei stets für die Entwickelung des Post- und Telegraphenwesens eingetreten, auch für die Postneubauten, weil sie in dem Post-Institut ein Kulturwerk erblicke, welches Förderung verdiene. Von Gehässigkeit oder Feindschaft gegen die Post könne also bei seiner Partei nicht die Rede sein. Alles dies könne allerdings seine Partei nicht abhalten, alle die Schäden aufzudecken und zu kritisiren, die sich in der Post- und Telegraphen-Verwaltung zeigten. Vertreter aller Parteien würden mit Klagen und Beschwerden aus den Kreisen der Postbeamten förmlich überschwemmt, und da diese Klagen und Beschwerden alljährlich wiederkehrten, so könnten sie kaum unbegründet sein. Redner verbreitet sich dann an der Hand von ihm zugegangenen Zuschriften über die mangelhafte Durchführung der Sonntagsruhe, die ungenügende Einstellung von Arbeitskräften, die Ueberbürdung einzelner Beamtenkategorien, die ungenügende Besoldung 2c. Diese Beschwerden seien zumeist eine Folge des bei der Postverwaltung eingerissenen Sparsystems. Man gehe nur auf Plusmacherei aus. Im Fall Auerswald stehe gerichtlich fest, daß von dem Rittmeister v. Auerswald Telephonistinnen beleidigt worden seien und daß Personen ihre bevorzugte Stellung bei Hofe ausgenützt hätten, um beim Fernsprecher ein Vorzugsrecht zu erhalten. Wie komme die Post-Verwaltung dazu, hier das gleiche Recht für alle zu verletzen? Die „rote Klappe" sei zwar gestern bestritten worden, sie hat aber doch existiert. Wenn ein Herr in hoher Stellung sich herausnehme, eine Telephonistin ein „dummes Schwein" zu nennen, so sei das ein Akt der Rohheit, den man von solchen Leuten nicht erwarten sollte. Redner beschwert sich des weiteren über die von der Telegraphenverwaltung an Telegrammen geübte Zensur. So sei ein harmloses gewerkschaftliches Telegramm über den Hamburger Hafenarbeiterausstand wegen seines angeblich aufreizenden und staatsgefährlichen Inhalts nicht abgeschickt worden. Die vom Reichstage verlangten Reformen: Hinaufsetzung der Gewichtsgrenze der einfachen Briefe, Ermäßigung des Portos 2c. seien in Oesterreich, Frankreich und der Schweiz bereits durchgeführt, teilweise auch schon in Württemberg. Die der Reichspost gegenüber eingeräumten Privilegien ständen in keinem Verhältnis zu ihren Leistungen. Es sei doch bezeichnend, daß in Berlin private Postanstalten durch billigere Tarife der Reichspost mit Erfolg Konkurrenz machten. In Deutschland komme zunächst das militärische, dann erst das Verkehrsinteresse.

Direktor im Reichspostamt Schäffer: Am Fernsprechverkehr erscheinen geduldige und höfliche und ungeduldige und rohe Menschen. Um letztere zu kennzeichnen, seien in den Fernsprechanstalten die Glocken der zum Schimpfen geneigten Abonnenten, der Krakehler, mit einem Zeichen versehen worden, zur Warnung für die Beamten, eventuell einen Zeugen zuzuziehen. Ob dieses Zeichen nun eine „Begünstigung" sei, lasse er dahingestellt. Was das beanstandete Hamburger Streik-Telegramm betrifft, so sei dasselbe mit Recht nicht abgeschickt worden, weil in demselben vom „Kampf bis zum Messer" die Rede gewesen sei, und solche Worte seien vielleicht gefährlicher als Explosivstoffe.

Abg. Förster (Antis.) verwahrt seine Partei gegen die Angriffe der ‚Deutschen Verkehrszeitung', die vom „aufreizenden" und „gehässigen" Ton der Antisemiten gesprochen, tritt nochmals für die schon gestern von ihm empfohlenen Reformen ein und zählt alle die Forderungen auf, die der Reichstag gegenüber der Reichspostverwaltung bisher vergeblich erhoben habe.

Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.) erläutert seine gestrigen Ausführungen dahin, daß er keineswegs die volle Deckung des Ausfalls bei Ermäßigung der Fernsprechgebühren aus der Neuregelung des Zeitungstarifs in Aussicht gestellt, sondern nur bemerkt habe, ein Teil des Ausfalls könne gedeckt werden. Von der Erhöhung des Normalgewichts der Briefe würden gerade die kleinen Leute profitieren, die meist starkes Papier zu verwenden pflegten.

Abg. Pachnicke (fr. Vp.) mißbilligt die Zensur des vom Abg. Bebel erwähnten Telegramms und bedauert die Beeinträchtigung der politischen Rechte der Postbeamten durch den bekannten Erlaß der Reichspostverwaltung. Im übrigen bekämpft Redner die Resolution der Budgetkommission betr. die Beschränkung des Paketverkehrs an Sonn- und Festtagen auf Eilsendungen, im Interesse der Freiheit des Verkehrs.

Staatssekretär Fischer wiederholt, daß bei den Fernsprechanstalten krakehlustige Abonnenten markiert würden, nicht um sie zu bevorzugen, sondern zum Schutz des Personals. Dieses soll in dem Fall, daß ein Krakehler in Frage kommt, einen Zeugen herbeiziehen, um sich vor Beleidigungen zu schützen. Was den vom Vorredner erwähnten Erlaß betreffe, so handle es sich um ein vertrauliches Aktenstück, das nur infolge groben Vertrauensbruch in fremde Hände gelangt sei.

Darauf wird die Weiterberatung vertagt.

Preußischer Landtag.

Am Freitag beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus zunächst mit der vom Abg. v. Czarlinski (Pole) eingebrachten Interpellation betr. die Auflösung polnischer Versammlungen aus dem Grunde, weil sich die Redner der polnischen Sprache bedienten. Minister Frhr. v. d. Recke stellte sich auf den Standpunkt, daß in öffentlichen Versammlungen nur deutsch gesprochen werden dürfe. Auf die Interpellation des Abg. Ring u. Gen., der die Sperrung der Grenzen gegen die Einfuhr ausländischen Viehs bezweckt, antwortete der Landwirtschaftsminister, daß es nicht angängig sei, unter Ignorierung der Handelsverträge der inländischen Produktion eine Preissteigerung zu verschaffen.

Von Nah und Fern.

Berlin. In einem der ersten Hotelrestaurants wurde kürzlich ein Fest gefeiert, zu dem auch ein sehr hoher Herr geladen war. Der Arrangeur hatte bestimmt, daß vor das Kouvert des hohen Herrn an Stelle des gewöhnlicheren weißen Tischmosels — man wußte, daß der Betreffende den Mosel bevorzugte — ein feinerer Bernkastler gesetzt wurde. Der Wein war in Karaffen gegossen worden, trug also kein Etikett. Er schmeckte dem hohen Herrn auch so vortrefflich, daß dieser den Wirt heranrufen ließ und ihn nach dem Preise des Mosels befragte. Getreu seiner Instruktion antwortete der Mann: „Eine Mark fünfundsiebzig;" das war nämlich der Preis des sonst am Tische getrunkenen Mosels. „Sehr billig," sagte der hohe Herr, „da schicken Sie mal tausend Flaschen an meinen Kellermeister." . . . Und die Folge? Der Bernkastler kostete sieben Mark für die Flasche, und selbstverständlich mußten die Gastgeber den Preisunterschied tragen. Das hatte sie für ihren kleinen Schwindel; dem hohen Herrn soll aber noch heute der billig erstandene Mosel ganz ausgezeichnet munden . . .

Ein Ehrenwort.

16] Roman von L. Haidheim.

(Fortsetzung.)

Dann erzählte die alte Dame:

„Bükerts waren also in Tirol, um Verwandte zu besuchen, die in der Gegend von Zell am See wohnen. Von dort machten sie größere Partien und kamen eines Tages in ein Dorfwirtshaus, in welchem sie strömenden Regens halber übernachten mußten.

Es schien ein recht langweiliger Abend werden zu sollen, da trat Herr Bükert zu seiner Frau wieder in die öde Wirtsstube und sagte, auf das Schild des Hauses zeigend: „Sieh nur, der Wirt heißt Winzcek, wie unser Bekannter; sollte der etwa aus dieser Gegend stammen?"

In der That, der Name stand da: „Stephan Winzcek!" und auf Befragen entgegnete der Wirt, daß er keinen Bruder oder Verwandten habe, der Kunstreiter gewesen, wußte auch von keinem einzigen aller ihm bekannten Winzceks etwas derart. Aber als er nachdachte, erinnerte er sich an einen Max Winzcek aus seiner Jugendzeit. Der war ein Thunichtgut geworden, hatte irgend was begangen und im Gefängnis gesessen, war aber entschlüpft und dann verschollen.

„Bei uns wohnt ein reicher Herr desselben Namens," hatte dann Frau Bükert erzählt, und darüber kam die Wirtin herein und brachte das Abendessen; ihr Mann sagte ihr, wovon die Rede war, und setzte hinzu: „Die Frau ist nämlich aus demselben Dorfe mit dem Max Winzcek."

„Ja, ein ganz sauberer Bursch war er, aber das Paschen konnt er nun mal nicht lassen und den Grenzwächter soll er totgeschossen haben, das ist gewiß," meldete die Frau. „Dafür kam er zu sitzen, aber sie mußten ihn wieder laufen lassen. Und hernach haben sie von ihm erzählt, er habe einen vornehmen Herrn bestohlen, bei dem er in Wien im Dienst gestanden."

„Und auf das Gerede dieser Leute hin baute der Apotheker seine Mitteilungen?" fragte Trautmann, bebend vor Aerger und Zorn.

„Leider nein," erwiderte ernst die alte Dame, „sondern er hat sich ganz genau nach dem Namen des Dorfes erkundigt, ist hingegangen mit seiner Frau und hat von den Verwandten dieses Max Winzcek erfahren, daß die Wirtsleute so ziemlich recht berichteten, nur erfuhr er ferner noch, daß jener Max Winzcek vor dem Herrn, den er bestohlen, sich geflüchtet habe, daß er dessen Reitknecht gewesen sei und daß die Leute die Wandlung des verwegenen Burschen in einen Kunstreiter für nicht gerade so unwahrscheinlich gehalten haben."

Jetzt war denn doch Trautmann sehr blaß geworden.

„Es ist nicht wahr," fuhr er aus seiner Betäubung auf. „Er heißt vielleicht wie jener Mensch, aber er ist nicht derselbe. Haben Sie jemals ein Wort von ihm gehört, irgend eine Handlung von ihm erfahren, die anders wäre, als eines Ehrenmannes würdig?"

„Ich kann nicht mit einem Nein! darauf antworten. Es ist vor längerer Zeit viel davon geredet, daß er ein bildhübsches armes Mädchen, die Tochter eines seiner Tagelöhner, von dem verwitweten Vater weggenommen habe. Seitdem mangelt es dem Manne an nichts mehr; von der Tochter weiß niemand, wo sie geblieben ist.

„Immer nur Verdacht, nirgends ein Beweis!" murmelte Trautmann.

„Wäre es denn nicht besser, Sie ließen sich zuerst von Herrn Bükert Rechenschaft geben? Sie haben sich, den bekannten Thatsachen gegenüber, Winzcek in auffallend rascher Freundschaft angeschlossen, so haben Sie nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, diesen Gerüchten auf den den Grund zu gehen."

„Das ist vollkommen richtig, gnädigste Gräfin, ich werde so verfahren."

Nach kurzer Weile erhob er sich zum Abschied.

„Wollen Sie mir einen Gefallen thun, lieber Herr Assessor, so gehen Sie bei Fräulein von Truhn vor — sagen Sie, ich sehnte mich nach ihr und Winzcek sei verreist."

Er versicherte, daß er mit Vergnügen den Auftrag übernehme.

„Aber warum soll ich sagen, Herr Winzlek sei fort? Was geht er Fräulein von Truhn an?" fragte er mit heftig klopfendem Herzen.

„Sie sind ein neugieriger Mensch," lachte die Gräfin. „Die Ulla hatte auch einmal, wie Sie, große Sympathien für ihn, beide trafen sich mehrfach bei mir und ich wunderte mich immer, wie offen und mitteilsam Ulla gegen ihn war! Ich versichere Sie, es war eine Lust, wie das junge Ding mit dem älteren Manne konversierte; ich hoffte im stillen damals schon, die Ulla mache noch eine solch' gute Partie; lieber Himmel, wir haben uns eben alle düpieren lassen! Aber da war es mit einem Male vorbei, weiß nicht, warum, habe sie auch seitdem nie wieder zusammengesehen."

„Vielleicht hat sie von jenem Gerücht in betreff des Mädchens erfahren!"

„Das ist schon möglich! Aber die Ulla ist wie Sie; sie würde es nicht geglaubt haben ohne Beweis; nein, da muß anderes vorliegen."

Er ging, und je länger er unterwegs über alles Gehörte nachdachte, um so schlimmer wurde ihm zu Mute. Die Kette von Verdachtsmomenten gegen Winzcek schloß fest ineinander.

Sein nächster Weg war zum Apotheker. Herr Bükert bestätigte sehr ruhig und einfach alles, was Trautmann von der Gräfin gehört hatte, gab die Adressen bereitwillig her und handelte zweifellos in der Ueberzeugung, daß es seine Pflicht sei, Winzcek zu entlarven.

„Es ist nicht möglich! Es ist Lüge, Irrtum, tückischer Zufall!" sagte Trautmann sich immer wieder.

Und seltsam! Als er zu Ulla kam, ihr den Auftrag der Gräfin auszurichten, rief diese aufflammend: „Glauben Sie es nicht, das ist nicht wahr!"

In ihrem Protest lag eine offenkundige Parteinahme, und als er sie überrascht ansah, wiederholte sie: „Das ist nicht wahr, weil es unmöglich ist! Kein Mensch kann seine Natur so gänzlich verändern."

Mit großer Sorge dachte er daran, ob sie schon von Oskars mehr als mißlicher Lage ge-